

Klare Mehrheit der Deutschen rechnet mit erstem AfD-Ministerpräsidenten 2026



Bereits in wenigen Monaten könnte die AfD einen Ministerpräsidenten stellen – das erwartet die Mehrheit der Deutschen.

Im Jahr 2026 stehen gleich in fünf Bundesländern Landtagswahlen an – und eine neue Umfrage des Instituts Insa im Auftrag der Bild am Sonntag prophezeit eine politische Zäsur: Mehr als die Hälfte der Befragten hält es für wahrscheinlich, dass die AfD erstmals einen Ministerpräsidenten stellen wird.

In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wird im kommenden Jahr gewählt. Besonders in den ostdeutschen Ländern gilt die

AfD seit Längerem als stärkste oder zweitstärkste Kraft, während sie in Westdeutschland deutlich schwächer auftritt. Dennoch wächst in der Bevölkerung die Erwartung, dass die Partei ihren Einfluss erheblich ausweiten könnte.

Laut der Umfrage rechnen 43 Prozent der Befragten damit, dass die AfD in mindestens einem Bundesland den Regierungschef stellen wird. Ein Viertel (25 Prozent) geht sogar davon aus, dass die Partei gleich in mehreren Ländern zum ersten Mal die Spitzenposition erobert. Lediglich 19 Prozent glauben nicht an eine solche Entwicklung, 13 Prozent äußerten sich unentschlossen.

Besonders brisant sind die Ergebnisse im Hinblick auf mögliche Regierungsbündnisse. 47 Prozent der Befragten fordern, dass die CDU ihre klare Abgrenzung zur AfD beibehält. Die sogenannte "Brandmauer", die seit Jahren sowohl Koalitionen als auch jede Form enger Zusammenarbeit ausschließen soll, sehen sie weiterhin als notwendig an. Doch 40 Prozent stellen diese Haltung offen infrage und sprechen sich für eine Öffnung gegenüber der AfD aus. Sechs Prozent gaben an, das Thema sei ihnen gleichgültig, sieben Prozent machten keine Angabe.

Die CDU-Spitze verweist bislang auf einen eindeutigen Unvereinbarkeitsbeschluss aus dem Jahr 2018, der sowohl eine Zusammenarbeit mit der AfD als auch mit der Linken verbietet. Gerade in den ostdeutschen Landesverbänden wird jedoch seit Monaten darüber diskutiert, ob diese Haltung angesichts steigender AfD-Werte aufrechterhalten werden kann. In Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern sind rechnerisch stabile Regierungsmehrheiten ohne die AfD schon jetzt schwer vorstellbar.

Die Umfrage zeigt, dass die Frage nach möglichen Regierungsbeteiligungen der AfD die politische Debatte im Wahljahr 2026 stark prägen dürfte.

Damit deutet sich für die Bundesrepublik ein spannendes und potenziell historisches Wahljahr an: Sollte die AfD tatsächlich erstmals einen Ministerpräsidenten stellen, wäre dies ein politischer Einschnitt mit weitreichenden Folgen.

Im Nachbarland Österreich hält die rechte FPÖ bereits ein Bundesland, die Steiermark. In drei weiteren ist die FPÖ in einer Regierungskoalition mit der jeweiligen Landes-ÖVP.

Credit: Getty Images

i Dieser Beitrag stammt ursprünglich von blog.at

Anmerkung: Mich wundert es absolut nicht. Auch diese Aussage von Dr. Alice Weidel bringt es auf den Punkt

https://blog.kumhofer.at/wp-content/uploads/2025/08/Was-fuer-eine-Ohrfeige-fuer-die-uebrigen-Politiker.mp4